

s.B.44.32.Vietnam.O. - FU/gis

Bern, den 29. April 1975

A k t e n - N o t i zMeinungsaustausch über Fragen der Visa- und
Asylgewährung an vietnamesische Flüchtlinge

28. April 1975

Teilnehmer: Herr Hunziker, Fremdenpolizei
Herr Chapatte, Dienst für Flüchtlingsfragen
Herren Hohl, Luciri, Fust, Politische Direktion II

Eine Standortbestimmung war notwendig geworden, weil sich in letzter Zeit bei der Fremdenpolizei die Gesuche um Einreisebewilligung von Vietnamesen häuften.

Herr Hunziker orientierte über die Verhältnisse der bereits in der Schweiz niedergelassenen Vietnamesen. Ende 1974 zählte das Kontingent 1010. Davon sind allein 857 in der welschen Schweiz niedergelassen. "Terre des Hommes" fand für ca. 270 Vietnamesen-Kinder einen neuen Platz in schweizerischen Familien. Die Zahl der vietnamesischen Studentinnen und Studenten beläuft sich auf 450. Diese stammen zwar meist aus begüterten Familien, dürften aber trotzdem in vielen Fällen in finanzielle Schwierigkeiten geraten, da die südvietnamesische Regierung bereits seit geraumer Zeit Stipendienzahlungen eingestellt hat. Es dürfte problematisch sein, diese Studenten in unserer Wirtschaft unterzubringen. Um der Gefahr einer Ausreiseverpflichtung nach abgeschlossenem Studium auszuweichen, wurden bisher meistens zusätzliche Studien oder "Tätigkeiten als Assistenten" vorgeschützt. Diese Studenten möchten nun in mehreren Fällen ihre Familienangehörigen in die Schweiz nachziehen. In Fribourg, Lausanne und Genf sind sie gut organisiert. Bei einer Einreisebewilligungserteilung könnte dies einen "Schneeballeffekt" auslösen, dies um so mehr als die Zahl der Familienmitglieder im allgemeinen recht gross ist.

Von unserer Abteilung werden folgende Ueberlegungen in die Diskussion gebracht:

- Selbst wenn wir Visas erteilen, erhalten die Betroffenen in Vietnam zur Zeit keine Ausreisebewilligungen.
- Die gegenwärtige Regierung in Saigon dürfte kaum mehr für eine lange Zeit in Amt bleiben (GRP - Regierung in Sicht).
- Die grösste Zahl der Flüchtlinge dürfte im Rahmen der amerikanischen Aktion evakuiert werden. Man spricht von 130'000, die ohne spezielle Papiere nach den USA (u.a. nach Guam) gebracht werden sollen. Die Möglichkeit besteht, dass solche bereits evakuierte Flüchtlinge in der Folge in die Schweiz kommen möchten.
- Zur Zeit sind in Saigon noch die Botschaften Westdeutschlands, Belgiens und der Schweiz geöffnet, die für eine Aufnahme von Flüchtlingen in diese drei Länder in Frage kommen könnten. Sollten nun zum Beispiel Frankreich und Belgien solche Flüchtlinge in grosser Zahl aufnehmen, so könnten diese möglicherweise zum Teil versuchen, in die Schweiz weiterzureisen. (Schwarzpeterspiel der Immigrationsbehörden). Weitere Probleme würden sich stellen, wenn in unserer Saigoner Botschaft Vietnamesen Asyl verlangen oder gar durch gewaltsames Eindringen zu erzwingen suchen sollten.
- Frau Thieu (Madame Nguyen Thi Mai Anh) hat von unserer Vertretung in Saigon am 23.12.1974 ein Visum für mehrmalige Ein- und Ausreisen mit jeweils einem Monat Aufenthaltsdauer erhalten. Dieses Visum ist zwar nur bis 23. Februar 1975 gültig, doch könnte die Möglichkeit bestehen, dass sich Frau Thieu nach wie vor in der Schweiz aufhält. Ihre Tochter jedenfalls hielt sich nach Pressemitteilung bis vor kurzem in Genf auf, soll dann aber nach den USA weitergereist sein. Präsident Thieu selbst befindet sich in Taipeh. Sollte dieser erwägen, in die Schweiz zu kommen, dann könnte daraus eine gewaltige Belastung unserer Beziehungen zur künftigen GRP-Regierung entstehen. Die Politische Direktion möchte deshalb jedenfalls

informiert werden, wenn bei der Fremdenpolizei Gesuche für politisch belastete Asylkandidaten eingehen.

- Der Kern der Familie bilden nach unserer Konzeption die Eltern, vor allem der pater familias. Es ist also im Prinzip unlogisch bei uns ansässigen Studenten einen Nachzug der Familie zu ermöglichen.

Die schwierigsten Fragen, darüber ist man sich einig, werden wohl darin bestehen, wie und mit welcher Plafo- nierung man eine Auswahl treffen kann. Viele Beobachter dürften gespannt auf die Entscheidungen unserer Regierung warten und Vergleiche mit früheren Fällen, vor allem Chile, ziehen. Reaktionen aus verschiedenen Lagern dürften denn auch nicht auf sich warten lassen. Herr Nationalrat Baechtold (SP-Waadt) hat bereits eine Anfrage über die Situation und den schweizerischen Standpunkt in dieser Angelegenheit an die Fremdenpolizei gerichtet.

An einer internen Sitzung der vergangenen Woche hat die Fremdenpolizei bis auf weiteres eine Politik des wait and see empfohlen. Herr Bundesrat Furgler hat anscheinend bis dahin noch keine Beschlüsse gefasst.

Die Vertreter der drei am Gespräch beteiligten Bundesdienststellen vereinbarten, sich gegenseitig weiterhin auf dem laufenden zu halten.

Politische Direktion



(Hohl)

Kopie an:

- Herrn Botschafter Iselin
- Internationale Organisationen, Sektion intern.Hilfswerke
- Herrn Hunziker, Fremdenpolizei
- Herrn Chapatte, Dienst für Flüchtlingsfragen
- Herrn Hohl
- Herrn Luciri
- Herrn Fust

Ba 2. Mai 75 12.